

## **Entschießung**

*der Stadtverordnetenversammlung Zehdenick*

Die Stadt Zehdenick hat durch ihre Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2012 folgende Entschießung gefasst:

### ***Trottheide-Deponie endlich qualifiziert bewältigen***

Seit 2006 lagern nun hochgiftige Abfälle illegal im Tagebaurestloch Trottheide. Zur qualifizierten Bewältigung der dadurch ausgelösten Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt haben die Landesregierung und das Landesbergamt bisher trotz ständigen Drängens auch aus der Bevölkerung nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen und auch politisch versprochenen Managementplan vorgelegt. Die insbesondere seitens der Bürgerinitiative Trottheide e.V. angestrebte Petition hat bisher keine zielführenden Schritte der zuständigen Stellen zur Gefahrenabwehr erkennen lassen. Die Landesregierung behauptet sogar bis in die jüngste Zeit hinein wider besseres Wissen, es bestehe gar keine Gefahr. Darin ist sie seit fast einem Jahr durch die klaren Feststellungen des Landgerichts Neuruppin widerlegt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zehdenick fordert deshalb die Landesregierung Brandenburgs und die zuständigen Ämter, aber auch den Petitionsausschuss des Landtages auf, endlich auf eine nachvollziehbare, qualifizierte Bewältigung der Gefahrenabwehr hinzuwirken, die auch die Ersatzvornahme sinnvoll kalkulierter, wirksamer Abhilfemaßnahmen einschließen kann. Das Mindeste wären

- ernsthafte Gespräche zu den zur Verfügung stehenden Methoden, zu deren ergebnisoffenem Einsatz zur Vorklärung der schädlichen Substanzen und zu deren gegebenenfalls notwendigen Beseitigung,
- die Durchführung entsprechender ergänzender Analysen zur präzisen Feststellung von Gefahren,
- die Bereitschaft, aus den Ergebnissen die erforderlichen Schlussfolgerungen abzuleiten und umzusetzen.

An diesem Verfahren sollten anerkannte neutrale Experten, etwa mit diesen Themen befasste Forschungsgesellschaften, nach Möglichkeit beteiligt werden. Ziel muss die Vorlage eines qualifizierten Managementplans und seine Umsetzung in absehbarer Zeit sein. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Petitionsausschuss des Landtages, darauf mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Einfluss zu nehmen.